

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Dezember 2022

Inhalt

| | |
|--|----------|
| Nachrichten aus den EU-Institutionen | 1 |
| EU-Kommission: Umsetzung der EU-Kindergarantie | 1 |
| EU-Kommission: Vorschlag / Konsultation zur Anerkennung von Elternschaft bei binationalen Familien | 1 |
| EGMR: Urteil stärkt Rechte von Kindern aus Leihmutterchaft | 1 |
| EU-Kommission: Stärkung von Gleichstellungsstellen angekündigt..... | 2 |
| Einigung über Transparenzgesetz gegen Gender-Pay-Gap | 2 |
| Einigung über Reform des Emissionshandels und Klimasozialfonds | 2 |
| Rat der EU: Empfehlungen zur Strategie für Pflege und Betreuung angenommen | 2 |
| Rat der EU: Uneinigkeit der Agrarminister:innen über Nährwertkennzeichnungen („Nutri-Score“)..... | 3 |
| Nachrichten aus den europäischen Staaten | 3 |
| Finnland: Zusätzliches Kindergeld im Dezember | 3 |
| Schweiz: Evaluation der Verordnung zum Kinderschutz vorgestellt | 4 |
| Schweiz: Bessere Unterstützung für getrenntlebende Familien geplant | 4 |
| Österreich: Reform der persönlichen Assistenzen für Menschen mit Behinderungen geplant | 4 |
| Niederlande: Verbesserungen im Kinder- und Jugendhilfesystem angekündigt..... | 4 |
| Irland: Plan zur Bekämpfung der Energiearmut | 5 |
| Litauen: Erhöhung von Mindestlohn, Renten und Sozialhilfe im Jahr 2023 geplant | 5 |
| Weitere Nachrichten | 5 |
| COFACE: Bessere Unterstützung für Kinder mit Behinderungen benötigt..... | 5 |
| EU-Forschungsprojekt zu Familien und Sozialstaat | 6 |
| UN: Fallstudien für die Dekade des gesunden Alterns gesucht | 6 |
| Berichte und Studien | 6 |
| Eurochild: Bericht über hilfsbedürftige Kinder in Europa | 6 |
| EU-Kommission: Bericht über Beteiligung von Kindern im politischen Leben der EU | 7 |
| Studie zur frühkindlichen Betreuung in Dänemark und Schweden | 7 |
| Population Europe: Bericht zu Ungleichheiten vor dem Schuleintritt und Pop Digests | 7 |
| OECD: Health at a Glance 2022..... | 8 |
| Beobachtungsstelle Gesellschaftspolitik: Jugendpolitik in der EU | 8 |
| Bevorstehende Veranstaltungen..... | 9 |

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Kommission: Umsetzung der EU-Kindergarantie

Die EU-Kommission veröffentlicht auf ihrer Website die Nationalen Aktionspläne (NAP) zur Umsetzung der Kindergarantie. Nachdem zur gesetzten Frist im März dieses Jahres nur drei Mitgliedstaaten ihren Aktionsplan eingereicht hatten (s. [EuropaNews 03/22](#)), liegen inzwischen 18 Aktionspläne vor. Neben Deutschland fehlen: Lettland, Litauen, Österreich, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien und Ungarn. In Deutschland ist Parlamentarische Staatssekretärin Ekin Deligöz als Nationale Kinderchancen-Koordinatorin für die Erarbeitung des Aktionsplans verantwortlich, der sich derzeit noch in der Erarbeitung befindet.

- [EU-Kommission: Informationen zur EU-Kindergarantie und bisher veröffentlichte NAP](#) 





EU-Kommission: Vorschlag / Konsultation zur Anerkennung von Elternschaft bei binationalen Familien

Die EU-Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, für Familien in grenzüberschreitenden Situationen mehr Rechtssicherheit zu schaffen und die Grundrechte für Kinder in diesen Familien zu schützen. Mit ihrem Vorschlag für eine Ratsempfehlung soll die Behandlung binationaler europäischer Familien angeglichen werden. Von Ungleichbehandlungen betroffen sind besonders gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern, deren Elternschaft in einigen Mitgliedstaaten nicht anerkannt wird (s. [EuropaNews 04/22](#)). Die Kommission schlägt die Einführung eines europäischen Familienzertifikats vor, das in allen EU-Mitgliedstaaten anerkannt werden müsste. Außerdem enthält der Vorschlag Empfehlungen, wie das Verfahren zur Anerkennung von Elternschaft EU-weit angeglichen werden kann (zuständige Gerichte, Begründung und Nachweise von Elternschaft). Es werden außerdem Optionen vorgeschlagen, wie Eltern die Anerkennung beider Elternteile begründen können, wenn das nationale Recht eines Mitgliedstaates nur ein Elternteil als solches anerkennt. Zu ihrem Vorschlag hat die Kommission einen Konsultationsprozess gestartet. Bis zum 23. Februar 2023 kann hierzu Feedback abgegeben werden.

- [EU-Kommission: Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Anerkennung von Elternschaft](#)  
- [Aufruf zu Feedback zum Vorschlag der Kommission](#) 


EGMR: Urteil stärkt Rechte von Kindern aus Leihmutterschaft

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat entschieden, dass die Elternschaft beider gleichgeschlechtlicher Partner:innen anerkannt werden muss, wenn sie ein Kind haben, das von einer Leihmutter geboren wurde. Der EGMR begründet diese Entscheidung mit dem Kindeswohl betroffener Kinder, die ein Recht auf die Anerkennung beider Elternteile hätten. Beschwerde eingelegt hatten zwei Männer aus der Schweiz, die in eingetragener Partnerschaft leben und ein Kind in den USA adoptiert hatten. Der US-Bundesstaat Kalifornien hatte beide Männer als Eltern des Kindes bestimmt, das dort legal von einer Leihmutter ausgetragen wurde. Leihmutterschaft ist in der Schweiz nicht legal, sodass das Schweizer Bundesgericht nur den leiblichen Vater des Kindes als Vater anerkannt hatte. Der EGMR entschied zugunsten der Familie und gab an, dass das Kind ein Recht auf Familienleben habe: Faktisch seien beide Männer Eltern des Kindes. Diese Situation müsste rechtlich geschützt werden, indem beiden Elternteilen volle Erb-, Unterhalts-, und Fürsorgerechte zuerkannt werden.

- [EGMR: Factsheet Children's Rights December 2022](#)  
- [EGMR: Factsheet Gestational Surrogacy November 2022](#)  

EU-Kommission: Stärkung von Gleichstellungsstellen angekündigt

Die EU-Kommission plant, Gleichstellungsstellen mit mehr Befugnissen und Ressourcen auszustatten. Außerdem sollen sie künftig unabhängiger arbeiten können. Sie sollen damit in die Lage versetzt werden, effektiv zur Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsvorschriften beizutragen. Konkret wird ihre Zuständigkeit auf die Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf und den Grundsatz der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in der sozialen Sicherung ausgeweitet. Die Unabhängigkeit der Gleichbehandlungsstellen soll künftig über verbindliche Vorschriften zur Struktur, Rechenschaftspflicht, Haushalt, Personalausstattung und Verwaltung gesichert werden. Bei Fragen, die Gleichstellungsthemen betreffen, sollen öffentliche Einrichtungen künftig verpflichtet sein, die Gleichstellungsstellen in die Politikgestaltung einzubeziehen. Es soll gewährleistet werden, dass alle Opfer von Diskriminierung Zugang zu den Angeboten der Gleichstellungsstellen erhalten.

- [EU-Kommission: Vorschlag für eine Ratsempfehlung zu Standards für Gleichstellungsstellen](#)  
- [EU-Kommission: Factsheet zur Stärkung der Gleichstellungsstellen](#)  

Einigung über Transparenzgesetz gegen Gender-Pay-Gap

Der Rat der EU und das EU-Parlament haben sich über die geplante EU-Lohntransparenzrichtlinie geeinigt. Sie sieht Angaben über das Einstiegsgehalt bei Stellenausschreibungen vor. Arbeitnehmer:innen sollen außerdem das Recht erhalten, Informationen über ihr individuelles Gehaltsniveau im Vergleich zu anderen Mitarbeiter:innen im Unternehmen zu erhalten. Diese Daten zum Gehaltsniveau müssen Angaben zu Geschlecht und Qualifikation der Mitarbeiter:innen erhalten. Diese Regelungen gelten für alle Arbeitgeber unabhängig von der Zahl der Beschäftigten. Arbeitgeber mit über 100 Beschäftigten müssen darüber hinaus Informationen zu Gehaltsunterschieden in ihrer Organisation veröffentlichen. Berichtet ein Unternehmen über eine Gender-Pay-Gap von über 5 Prozent, die nicht durch geschlechtsneutrale Faktoren wie die Qualifikation erklärt werden können, muss unter Einbezug von Arbeitnehmervertreter:innen eine Beurteilung des Gehaltsgefüges vorgenommen werden.

- [Factsheet zur EU-Lohntransparenzrichtlinie](#)  

Einigung über Reform des Emissionshandels und Klimasozialfonds

Das EU-Parlament und Vertreter:innen der Mitgliedstaaten im Rat der EU haben sich geeinigt, das EU-Emissionshandelssystem zu erweitern und für einen fairen Übergang in eine nachhaltige EU einen Klimasozialfonds einzurichten. Im Rahmen des beschlossenen Emissionshandelssystem sollen die Emissionen von Treibhausgasen deutlich stärker reduziert werden als bisher geplant. Mit den Mitteln aus dem geplanten Klimasozialfonds sollen Mitgliedstaaten Bürgerinnen und kleine Unternehmen dabei unterstützen, notwendige Energieeffizienzmaßnahmen durchzuführen.

Rat der EU: Empfehlungen zur Strategie für Pflege und Betreuung angenommen

Der Rat der EU hat zwei Empfehlungen zur Umsetzung der EU-Strategie für Pflege und Betreuung angenommen. In der Empfehlung zur frühkindlichen Bildung und Betreuung wurden die sogenannten Barcelona-Ziele modifiziert: Sie sehen jetzt eine Teilhabe von mindestens 45 Prozent der Kinder im Alter von unter drei Jahren an Angeboten frühkindlicher Bildung und Erziehung vor. Außerdem sollten nun mindestens 96 Prozent der Vorschulkinder ab dem vierten Lebensjahr in Einrichtungen wie Kitas und Vorschulen gefördert und betreut werden. Darüber hinaus legt

die Empfehlung Qualitätsstandards zu Gruppengrößen und Betreuungsschlüsseln vor. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, die Zugänglichkeit der Betreuungsangebote zu verbessern.

In der Empfehlung zur Langzeitpflege werden Maßnahmen dargelegt, die zu einer hochwertigen, bezahlbaren und zugänglichen Langzeitpflege beitragen sollen. Den Mitgliedstaaten wird empfohlen, regionale Unterschiede in der Verfügbarkeit qualitativ hochwertiger Langzeitpflege auszugleichen. Insgesamt sei es das Ziel, in allen Pflegeformen hohe Qualitätsstandards abzusichern. Mit einem breiten Angebot hochwertiger Formen von Langzeitpflege werde die Autonomie pflegebedürftiger Menschen gefördert. Die Empfehlungen sollen ein würdevolles Leben Pflegebedürftiger sichern und könnten zudem zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Durch die Investition in professionelle Pflege könne sich die Zahl von Frauen verringern, die aufgrund von Pflegeaufgaben nicht am Arbeitsmarkt teilhaben.

- [Empfehlung des Rates zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung](#) 
- [Empfehlung des Rates über den Zugang zu bezahlbarer und hochwertiger Langzeitpflege](#) 

Rat der EU: Uneinigkeit der Agrarminister:innen über Nährwertkennzeichnungen („Nutri-Score“)

Der EU-Agrarministerrat konnte in seiner letzten Sitzung keine Einigkeit über die Kennzeichnung von Lebensmitteln mit dem „Nutri-Score“ erreichen. Diese Kennzeichnung enthält neben den üblichen Informationen über Nährwerte ein Farbsystem zur einfachen Identifizierung gesunder (grün) und ungesunder (rot) Lebensmittel. Deutschland spricht sich für eine EU-weite Einführung dieser Aufdrucke aus. Auf freiwilliger Basis verwenden einige deutsche Lebensmittelhersteller den Nutri-Score bereits seit zwei Jahren. Mitgliedstaaten wie Italien, Griechenland und Portugal kritisieren die Kennzeichnung als irreführend. In der aktuellen Version des Scores wird der Verarbeitungsgrad sowie der Salz- und Zuckergehalt nicht ausreichend abgebildet, sodass z.B. Tiefkühlpizza und zuckerfreie Cola als gesund eingestuft werden. Die grüne Kennzeichnung bedeutet nicht per se ein gesundes Lebensmittel: Der Nutri-Score erlaubt den Vergleich innerhalb einer bestimmten Produktgruppe. Kritiker:innen der Kennzeichnung betonen außerdem, dass eine gesunde Ernährungsweise sich nicht an einzelnen Produkten festmachen lässt, sondern nur anhand der Zusammenstellung verschiedener Nahrungsmittel zu beurteilen ist. Italien schlägt vor, statt einer Kennzeichnung die Förderung einer gesunden Ernährung in Bildung und Erziehung zu stärken.

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Finnland: Zusätzliches Kindergeld im Dezember

Zur Entlastung von Familien mit Kindern wird das Kindergeld in Finnland in diesem Dezember verdoppelt. Dazu zählen alle Leistungen wie Zuschüsse für Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern. Regulär wird das Kindergeld in Finnland bei der Berechnung des Anspruchs für weitere Sozialleistungen angerechnet. Die zusätzliche Zahlung im Dezember ist davon ausgenommen. Die Höhe des Kindergeldes wird in Finnland anhand der Kinderzahl sowie für Familien mit zwei Eltern bzw. Alleinerziehende unterschiedlich berechnet. So erhalten Familien mit beiden Elternteilen und einem Kind monatlich regulär ca. 95 Euro, Alleinerziehende mit einem Kind ca. 159 Euro. Bereits ab dem zweiten Kind steigt der Anspruch auf Kindergeld: Familien mit zwei Eltern und zwei Kindern erhalten ca. 200 Euro monatlich, Alleinerziehende mit zwei Kindern ca. 326 Euro.


Schweiz: Evaluation der Verordnung zum Kinderschutz vorgestellt

Die Schweizer Kinderschutzverordnung, die seit dem Jahr 2010 in Kraft ist, wurde erstmalig evaluiert. Positiv beurteilt wurden Beratungs- und Präventionsangebote gegen (sexuelle) Gewalt an Kindern und Jugendlichen. Gefördert worden seien Organisationen mit zeitgemäßen und innovativen Konzepten für den Kinderschutz. Die Vergabeverfahren für die Finanzierung von Projekten wurden als transparent beurteilt. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Fachkräfte wünschten sich jedoch mehr Initiative vom Bund, um das Thema Kinderschutz voranzubringen. Es fehlten eigene Modellprojekte des Bundes und eine umfassende nationale Strategie zum Kinderschutz und zur Wahrung der Kinderrechte. Allerdings gingen diese Forderungen über die Kompetenz des Bundes hinaus, da der Kinderschutz in der Schweiz im Verantwortungsbereich der Kantone liegt.

- [Bundesamt für Sozialversicherungen der Schweiz: Evaluation der Kinderschutzverordnung](#) 

Schweiz: Bessere Unterstützung für getrenntlebende Familien geplant

Die Eidgenössische Kommission für Familienfragen der Schweiz (EKFF) hat Empfehlungen formuliert, wie getrenntlebende Familien besser unterstützt werden können. Verbessert werden sollen familienrechtliche Rahmenbedingungen und Betreuungsmöglichkeiten. Damit Familienkonstellationen mit getrennten Eltern funktionierten, müssten Schulen und Kitas mit beiden Elternteilen kommunizieren und Möglichkeiten zu Mediation und Beratung unkompliziert zur Verfügung stehen. Kinder hätten bei allen sie betreffenden Fragen ein Recht auf Mitsprache und Partizipation. Zudem sollten die Bedürfnisse von Kindern mit verschiedenen Lebensmittelpunkten bei der Gestaltung aller sozial- und familienpolitischen Maßnahmen und Leistungen berücksichtigt werden. Dazu seien die Förderung einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung und weitere Forschung zur Diversität von Familienformen notwendig. Die EKFF stützt ihre Empfehlungen auf eine von ihr dazu beauftragte Studie.

- [EKFF: Empfehlungen "Elternschaft und Kinderalltag in multilokalen Familienarrangements"](#) 
- [EKFF: Bericht "Wenn die Eltern nicht mehr zusammenwohnen – Elternschaft und Kinderalltag"](#) 

Österreich: Reform der persönlichen Assistenzen für Menschen mit Behinderungen geplant

Das österreichische Sozialministerium hat ein Pilotprojekt angekündigt, mit dem geplante Verbesserungen im Bereich persönlicher Assistenzen für Menschen mit Behinderungen erprobt werden sollen. Es startet im Frühjahr 2023 in den Bundesländern Salzburg, Tirol und Voralberg und ist mit 100 Millionen Euro finanziert. Eine zentrale Veränderung im System der persönlichen Assistenzen sollen bundesweit einheitliche Kriterien für die Definition der Aufgabe, Bedarfsfeststellungen, Leistungen und Leistungserbringung sowie Evaluierung sein. Der Kreis der Anspruchsberechtigten soll auf Menschen mit intellektuellen oder psychischen Beeinträchtigungen erweitert werden. Die Assistent:innen sollen außerdem arbeits- und sozialversicherungsrechtlich abgesichert sein. Für alle Fragen um die persönliche Assistenz soll eine gemeinsame Anlaufstelle geschaffen werden.

Niederlande: Verbesserungen im Kinder- und Jugendhilfesystem angekündigt

Das Ministerium für Gesundheit, Wohlfahrt und Sport der Niederlande hat angekündigt, mit zusätzlichen Maßnahmen das System der Kinder- und Jugendhilfe zu verbessern. Dazu sollen u.a. die Sozialarbeiter:innen entlastet werden. Mit Investitionen von 20 Millionen Euro sollen die Arbeitsbedingungen verbessert und neue Fachkräfte angeworben werden. Zudem sollen Gemeinden und Jugendhilfeeinrichtungen einen

Beurteilungsrahmen erhalten, mit dem die Priorisierung von Fällen erleichtert werden soll. Außerdem arbeite das Ministerium an einer Handreichung für Fachkräfte, mit der unnötige Meldungen an die Kinderschutzbehörden vermieden werden sollen, da häufig in Fällen Meldungen erstattet würden, in denen alternative Lösungen möglich seien. Die Fachkräfte sollen beim Übergang zu einem präventiven Ansatz unterstützt werden und künftig frühe Hilfen für Familien in schwierigen Situationen anbieten.

Irland: Plan zur Bekämpfung der Energiearmut

Die irische Regierung hat einen Plan zur Bekämpfung der Energiearmut beschlossen. Damit sollen einkommensschwache Haushalte dabei unterstützt werden, trotz steigender Energiekosten in diesem Winter ihre Wohnungen ausreichend zu heizen. Geplant ist ein Fonds über 10 Millionen Euro zur Unterstützung von Menschen, die sich verschulden mussten, um ihre Rechnungen für Strom und Heizung zu bezahlen. Außerdem ist ein Programm mit Mitteln von 248 Millionen Euro geplant, das Haushalte bei der Nachrüstung ihrer Häuser und Wohnungen unterstützen soll. Die Mittel sollen für Wärmedämmung und andere Sanierungsmaßnahmen beantragt werden können, die zu einer Verringerung der Energiekosten für die Haushalte beitragen.

Litauen: Erhöhung von Mindestlohn, Renten und Sozialhilfe im Jahr 2023 geplant

Das Parlament von Litauen hat den Plänen der Regierung zugestimmt, im Jahr 2023 den Mindestlohn, die Altersrente, den Grundrentenzuschlag und die Grundsicherung zu erhöhen. Der Mindestlohn für Vollzeitbeschäftigung soll von 730 Euro brutto auf 840 Euro brutto angehoben werden. Das entspricht einer Anhebung des Stundenlohns von 4,47 Euro auf 5,14 Euro. Damit Geringverdienenden möglichst viel von ihrem Lohn zu Verfügung steht, wird der Grundfreibetrag auf die Einkommenssteuer um ca. 15 Prozent auf 625 Euro erhöht. Die Rentenerhöhung fällt für verschiedene Rentenanteile unterschiedlich aus: Die litauische Rente besteht aus einem generellen Anteil, den alle Rentner:innen erhalten und einem individuell berechneten Anteil. Die allgemeine Rente soll um 9 Prozent, der individuell berechnete Anteil um knapp 15 Prozent erhöht werden. Die Grundrente für ältere Menschen ohne erworbene Rentenansprüche wird von 173 Euro auf 184 Euro erhöht. Auch die Grundsicherung wird von monatlich 46 Euro auf monatlich 49 Euro angehoben.

Weitere Nachrichten

COFACE: Bessere Unterstützung für Kinder mit Behinderungen benötigt

Anlässlich des Tages der Menschen mit Behinderungen am 2. Dezember hat COFACE Families Europe in einem Policy Brief darauf aufmerksam gemacht, dass weiterhin Lücken in der Unterstützung von Kindern mit Behinderungen und ihren Familien besteht. Kinder mit Behinderungen würden von Maßnahmen in verschiedenen Politikfeldern adressiert, die nicht immer optimal ineinandergriffen: Gesundheits- und Pflegepolitik, Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen und Sozial- und Familienpolitik. Um diese Lücken zu schließen, müssten politische Maßnahmen die Familien und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellen und verstehen, welche Herausforderungen sich an den Schnittstellen dieser Politikbereiche für sie ergeben. Eltern von Kindern mit Behinderungen hätten z.B. häufig Nachteile auf dem Arbeitsmarkt, sodass auch arbeitsmarktpolitische Entscheidungen unter Einbezug möglicher Pflegeaufgaben von Arbeitnehmer:innen getroffen werden müssten. Um

die Situation für Kinder mit Behinderungen und ihre Familien zu verbessern, müsse außerdem die Datenlage verbessert werden. Nur so könnten politische Maßnahmen auf die Bedürfnisse dieser Familien reagieren.

- [COFACE Disability Policy Brief - December 2022](#)  

EU-Forschungsprojekt zu Familien und Sozialstaat

Im Rahmen des Forschungsförderungsprogramms Horizon Europe ist das Projekt rEUsilience gestartet, das untersucht wird, mit welchen Herausforderungen Familien angesichts sich wandelnder Arbeitswelten konfrontiert sind. Zudem soll die Frage beantwortet werden, wie der Sozialstaat dazu beitragen kann, dass die Resilienz von Familien gestärkt wird. Dabei wird ein Fokus darauf gelegt, wie flexibel sich sozial- und familienpolitische Maßnahmen auf verschiedene Familienformen und Bedürfnisse einstellen können. Das Projekt wird an Universitäten in Stockholm, Großbritannien, Spanien, den Niederlanden, Polen und Kroatien durchgeführt. COFACE Families Europe wird das Projekt als zivilgesellschaftliche Partnerorganisation begleiten, zur Forschung beitragen und den Transfer in EU-Programme wie der europäischen Säule sozialer Rechte sicherstellen.

- [Infos der EU-Kommission zum Forschungsprojekt rEUsilience](#) 

UN: Fallstudien für die Dekade des gesunden Alterns gesucht

Die UN erarbeitet aktuell einen Bericht über den Fortschritt der Dekade des gesunden Alterns und sucht für diese Publikation nach Fallstudien. Diese sollen als Praxisbeispiele für Programme zur Förderung des gesunden Alterns in den Bericht einfließen. Eingereicht werden können Beispiele aus den vier Handlungsfeldern der Dekade: Förderung von neuen Altersbildern und Bekämpfung von Altersdiskriminierung, altersfreundliche Umgebungen, integrierte Gesundheits- und Pflegeangebote sowie Langzeitpflege. Vorgeschlagen werden können Aktivitäten und Programme auf lokaler, nationaler oder globaler Ebene.

- [Informationen zu Fallstudien zum Bericht über die Dekade des gesunden Alterns](#)  

Berichte und Studien

Eurochild: Bericht über hilfsbedürftige Kinder in Europa

Eurochild hat mit Hilfe seiner Mitgliedsorganisationen einen Bericht über Kinder in Europa verfasst, die von Armut und sozialer Exklusion betroffen sind. Aus 22 EU-Mitgliedstaaten haben Organisationen die Situation von Kindern in einem Länderprofil dargestellt. In diesen werden auch die Empfehlungen aus dem Europäischen Semester und, soweit bereits veröffentlicht, der nationale Aktionsplan der Regierung zur Umsetzung der Europäischen Kindergarantie berücksichtigt. Im Bericht werden außerdem politische Empfehlungen für die gesamte EU abgegeben. Politische Entscheider:innen der verschiedenen Ebenen werden aufgerufen, besonders vulnerable Gruppen von Kindern in den Blick zu nehmen, den Zugang zu Angeboten frühkindlicher Bildung und Betreuung zu fördern, Kinderrechte online und offline zu schützen, die EU-Kindergarantie auf nationaler Ebene umzusetzen, Kinder in politische Prozesse einzubeziehen, die Barrieren für EU-Finanzierung von Projekten für Kinder abzubauen, in den Kinderschutz zu investieren und die Kinderrechte beim Europäischen Semester ins Zentrum zu stellen.

- [Eurochild: \(In\)Visible Children. Eurochild 2022 report on children in need across Europe](#)  




EU-Kommission: Bericht über Beteiligung von Kindern im politischen Leben der EU

Die EU-Kommission hat einen Bericht über die politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der EU herausgegeben. Die Ergebnisse der Studie sollen dazu genutzt werden, Möglichkeiten zur Beteiligung von jungen Menschen in verschiedenen Phasen politischer Prozesse aufzuzeigen. Untersucht wurden Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche auf lokaler, nationaler und EU-Ebene. Außerdem wurde nach Mechanismen gesucht, mit denen die Beteiligung junger Menschen bereits erfolgreich auf diesen Ebenen gefördert wird. Daraus sollten Best-Practices abgeleitet werden, mit denen die EU politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen gezielt fördern könne. Außerdem wurden Sichtweisen und Positionen von Kindern zu ihren Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen, einbezogen. Verbreitete Beteiligungsformen seien Kinderräte, die in 27 Mitgliedstaaten existieren und Kinderparlamente, die in 15 Mitgliedstaaten eine Beteiligungsform bilden. Die Beschlüsse dieser Gremien seien zwar nicht bindend, konnten jedoch politische Entscheidungen in einigen Fällen beeinflussen. Die Studie konnte nicht, wie ursprünglich geplant, Best-Practices zur wirksamen Beteiligung von Kindern an politischen Prozessen identifizieren. Es gebe eine Vielzahl an Mechanismen, über die Kinder sich informieren und ihre Wünsche einbringen könnten. Bisher fehlten jedoch Möglichkeiten, die Wirksamkeit der Kinderbeteiligung zu evaluieren und zu verbessern.

- [Study on child participation in EU political and democratic life](#)  

Studie zur frühkindlichen Betreuung in Dänemark und Schweden

Im Journal Regulation & Governance ist ein Artikel über eine dänisch-schwedische Studie zur Organisation frühkindlicher Bildung und Betreuung erschienen. Die Studie untersucht, wie sich im Zeitraum von den frühen 2000er Jahren bis zum Jahr 2020 die Struktur der Finanzierung und die Qualität dieses Bildungsbereichs in beiden Ländern gewandelt hat. Kritik an sinkender Qualität der Betreuung in Dänemark habe im Jahr 2019 zu neuen Richtlinien und größeren Investitionen geführt. In Schweden seien zwar im Jahr 2016 ebenfalls neue Richtlinien zur Qualitätssicherung erschienen, allerdings ohne zusätzliche Finanzierung und ohne verpflichtende Mindestanforderungen zur Betreuungsqualität. Im Vergleich beider Länder zeigt die Studie in Schweden größere Qualitätsunterschiede zwischen Gemeinden als in Dänemark. Der Artikel zur Studie ist im Open Access erschienen. Außerdem hat das Journal auf seinem Youtube-Kanal ein Video veröffentlicht, in dem eine der Autorinnen die Durchführung der Studie erläutert und zentrale Ergebnisse vorstellt.

- [Still a poster child for social investment? Changing regulatory dynamics of early childhood education and care in Denmark and Sweden](#)  
- [Youtube-Video zur Studie](#) 

Population Europe: Bericht zu Ungleichheiten vor dem Schuleintritt und Pop Digests

Population Europe hat einen Bericht veröffentlicht, der sich mit Bildungsungleichheiten vor dem Schuleintritt befasst. Darin wird gezeigt, dass sich Bildungsungleichheiten bereits vor dem Schulalter ausprägen und durch die Schulbildung nicht ausgeglichen werden. Sie hätten langfristige Auswirkungen auf den Bildungserfolg von Kindern und damit ihre spätere sozio-ökonomische Positionierung insgesamt. Es wird daher empfohlen, bereits im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung darauf hinzuwirken, soziale Ungleichheiten zu verringern. Dazu sei nicht nur eine umfassende Teilhabe an Angeboten der frühkindlichen Erziehung notwendig. Bildungs- und familienpolitische Programme müssten gezielt Kinder aus benachteiligten Familien unterstützen und fördern. Sie

sollten außerdem die Eltern mit adressieren und in die Lage versetzen, ihre Kinder bei der Entwicklung und beim Lernen zu unterstützen. Neben einer guten Beziehung der Mitarbeitenden der Betreuungseinrichtung zu den Eltern und der Vermittlung notwendiger Kenntnisse sei es wichtig, dass die Familien über ein ausreichendes Einkommen und angemessenen Wohnraum verfügten. Population Europe hat außerdem in seinem Format „Pop Digests“ aktuell Kurzberichte über Alleinstehende und Einsamkeit während der Pandemie, über das Alter beim Kinderkriegen in post-sozialistischen Staaten und über Zweisprachigkeit von Kindern veröffentlicht.

- [Population Europe: Inequalities in child development before school entry](#)  
- [Population Europe: Pop Digests](#) 

OECD: Health at a Glance 2022

Der jährliche Bericht der OECD zur gesundheitlichen Situation in Europa ist erschienen. Darin wird der Einfluss der Covid-19 Pandemie auf die Gesundheit und Lebenserwartung der Menschen in Europa hervorgehoben. Besonders von negativen Auswirkungen auf die psychische und körperliche Gesundheit betroffen seien junge Menschen. In Ländern wie Belgien, Estland, Frankreich, Frankreich, Schweden und Norwegen habe sich die Zahl Jugendlicher mit depressiven Störungen verdoppelt. Der erhöhte Bedarf an Beratung und Therapie bei psychischen Erkrankungen habe die Systeme der Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche stark belastet. Im Frühjahr 2021 und 2022 hätten circa die Hälfte der befragten Jugendlichen angegeben, dass sie im Bereich der psychischen Gesundheit nicht die Versorgung erhalten konnten, die sie gebraucht hätten. Körperliche Aktivitäten der Kinder seien zurückgegangen und ihre Ernährungsgewohnheiten hätten sich verschlechtert. Durch die Pandemie habe sich außerdem die Versorgung von Krebs-Patient:innen verzögert und viele nicht-lebensnotwendige Operationen seien verschoben worden. Im Bericht werden ein Fokus auf Prävention und ein besseres Monitoring der Gesundheit in der EU vorgeschlagen.

- [OECD: Health at a Glance: Europe 2022](#) 

Beobachtungsstelle Gesellschaftspolitik: Jugendpolitik in der EU

Die Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa behandelt in ihrem aktuellen Newsletter die Jugendpolitik der EU. In der Einführung werden rechtliche Grundlagen und Ziele, strategischer Rahmen und Programme wie die EU-Jugendgarantie und die EU-Jugendziele dargestellt. In einem Interview spricht eine Journalistin der European Pool of Young Journalists über die Folgen der Covid-19 Pandemie auf die psychische Gesundheit junger Menschen. Eine der EU-Jugendvertreterinnen teilt in einem weiteren Interview ihre Sichtweise auf politische Beteiligung junger Menschen mit. Außerdem enthält der Newsletter einen Artikel über die Hürden transnationaler Mobilität für junge Menschen in Europa.

- [Beobachtungsstelle Gesellschaftspolitik: Newsletter zur EU-Jugendpolitik](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

| Datum / Ort | Titel der Veranstaltung | Veranstalter |
|---|--|---|
| 04. Jan. 2023 Online | "Health inequities" im Rahmen der Reihe Social Classes in the Digital Age | Population Europe |
| 23. Jan. 2023 Online | Introduction to the 1958 National Child Development Study | Center for Longitudinal Studies, London's Global University |
| 15. Feb. 2023 Online | Wir alle werden älter, aber manche altern besser als andere. Wie können wir mit Bevölkerungsunterschieden umgehen? | Quadriga-Talks von Population Europe |
| 12.-14. Mai 2023 Newport, Wales & Online | ICCFR Annual Conference: The family offers a lifetime foundation to build resilience and elasticity | International Commission on Couple and Family Relations |
| 26.-28. Juni 2023 Sheffield, GB | 2023 Transforming Care Conference | Transforming Care Network |

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.

AGF  Arbeitsgemeinschaft
der deutschen
Familienorganisationen e.V.

AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)



Die AGF wird gefördert vom

